



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. JULI 2024

+++EILMELDUNG: Ministerpräsident Viktor Orbán besucht Kiew+++

Wie am Dienstagmorgen des 2. Juli bekannt wurde, ist der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der seit 1. Juli den EU-Ratsvorsitz innehat, zu Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew eingetroffen. In diesen soll es um nichts Geringeres als die Möglichkeit der Friedenskonsolidierung gehen. Quellen zufolge soll eine Voraussetzung des hochrangigen Treffens zwischen den zwei Staatsmännern auch gewesen sein, dass die Frage der Rechte der ungarischen Minderheiten in der Karpatenukraine geklärt wird oder dass Kiew zumindest positive Fortschritte macht. Es handelt sich um den ersten offiziellen Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten in der Ukraine seit dem Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges im Februar 2022.



Durchbruch in den ungarisch-ukrainischen Beziehungen? Ministerpräsident Viktor Orbán (l.) und Präsident Wolodymyr Selenskyj (r.) treten in Kiew gemeinsam vor die Mikrofone.

Quelle: Ministerpräsidentenamt / Zoltán Fischer

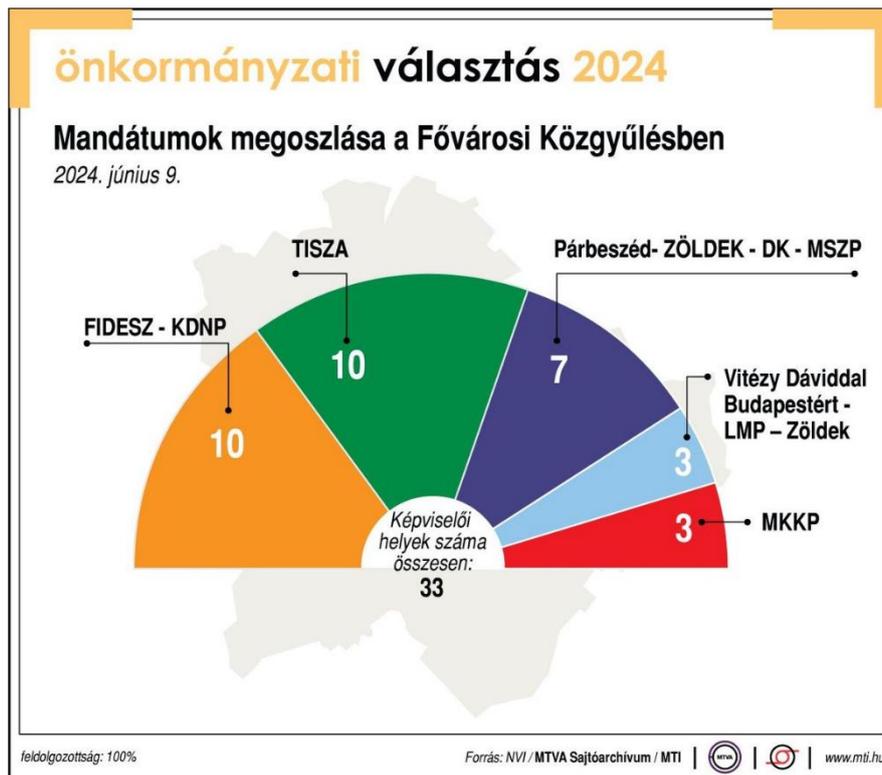
In der abschließenden Presseerklärung betonte Orbán, man versuche die bilateralen Diskussionen der Vergangenheit hinter sich zu lassen und sich auf die Zukunft zu konzentrieren. Ziel sei ein umfassendes Kooperationsabkommen mit der Ukraine: „Wir wollen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern viel besser sein sollten. Wir möchten ein umfassendes Kooperationsabkommen mit der Ukraine abschließen. So wie wir es auch mit unseren anderen Nachbarn abgeschlossen haben.“ Ungarn wolle sich an der Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft beteiligen. Die Initiative Präsident Selenskyjs, ukrainische Schulen für Geflüchtete in Ungarn einzurichten, habe Orbán „mit Freude“

aufgenommen: „Wir werden so viele betreiben, wie nötig sind, wenn eine, dann eine, wenn zehn, dann zehn. Für uns ist es wichtig, dass sich die in Ungarn lebenden Ukrainer in Ungarn zu Hause fühlen.“

In der Frage von Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg ergriff Budapest die politische Initiative in den Gesprächen mit Kiew: „Ich habe die Möglichkeiten eines zeitlich begrenzten Waffenstillstandes ausgelotet, der uns die Möglichkeit geben würde, die Friedensgespräche zu beschleunigen, und ich habe dies mit dem Herrn Präsidenten geklärt, und ich bin dankbar für seine offene Verhandlungsführung und seine Antworten.“ Abschließend dankte Viktor Orbán seinem Amtskollegen für den Empfang und die „offene und ehrliche Atmosphäre“: „Ich wünsche der Ukraine viel Erfolg! Während des ungarischen Ratsvorsitzes stehen wir der Ukraine zur Verfügung, und wir werden in allem, worin wir helfen, können, helfen.“ Das unerwartete Treffen und der neue, aufgeschlossene Ton der Verlautbarungen könnten einen Durchbruch in den ungarisch-ukrainischen Beziehungen bedeuten.

Ungarn hat gewählt: Ergebnisse der EU- und Kommunalwahlen im Überblick

Kaum ein anderes Thema prägte den politischen Diskurs Ungarns im letzten Vierteljahr so sehr wie die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024. Erstmals waren die Wahltermine beider Wahlen auf einen Termin gesetzt worden, sodass nicht nur europapolitische und nationale Fragen die Wähler zum Urnengang mobilisierten, sondern auch das überaus knappe und polarisierte Rennen um das Budapester Oberbürgermeisteramt. Noch am Samstagnachmittag mobilisierte die neue Oppositionspartei des Newcomers Péter Magyar, die Tisza-Partei, Tausende Demonstranten auf dem Budapester Heldenplatz. Über die Spitzenkandidaten der Parteien und den heißen Wahlkampfauftakt konnten Sie in unseren Ausgaben vom [3. April 2024](#) sowie vom [1. Mai 2024](#) lesen. Das Oberbürgermeisterrennen verschärfte sich noch zusätzlich, als die bürgerliche Fidesz-Spitzenkandidatin Alexandra Szentkirályi am Freitagmorgen vor den Wahlen den wahltaktischen Rückzug ihrer Kandidatur bekanntgab und aus dem Rennen ausschied. Dieser von einigen Analysten im Vorfeld bereits antizipierte, jedoch bis zuletzt ungewisse Zug bereitete den Weg für ein Zweikampfduell in der Hauptstadt zwischen dem amtierenden OB der linken Oppositionskoalition, Gergely Karácsony, und dem unabhängigen parteilosen Herausforderer David Vitézy. Szentkirályi hatte in ihrer Bekanntgabe alle Fidesz-KDNP-Wähler aufgerufen, für Vitézy zu stimmen, dem rechnerisch somit realistische Chancen zukamen. Vitézy erklärte in der Reaktion auf den Rückzug, dies sei sein erster Sieg gewesen, der zweite werde am Sonntag folgen. Der amtierende OB Karácsony hingegen verlegte den Inhalt seiner Wahlkampagne und deklarierte, damit sei das Theaterspiel beendet, Vitézy sei der wahre Kandidat des Fidesz. Damit war die Bühne für den kommenden Wahlsonntag gesetzt.



Die Zusammensetzung des Budapester Stadtrats nach den Kommunalwahlen 2024.

Quelle: NVI / MTVA Pressearchiv / MTI

Ergebnisse der Kommunalwahlen

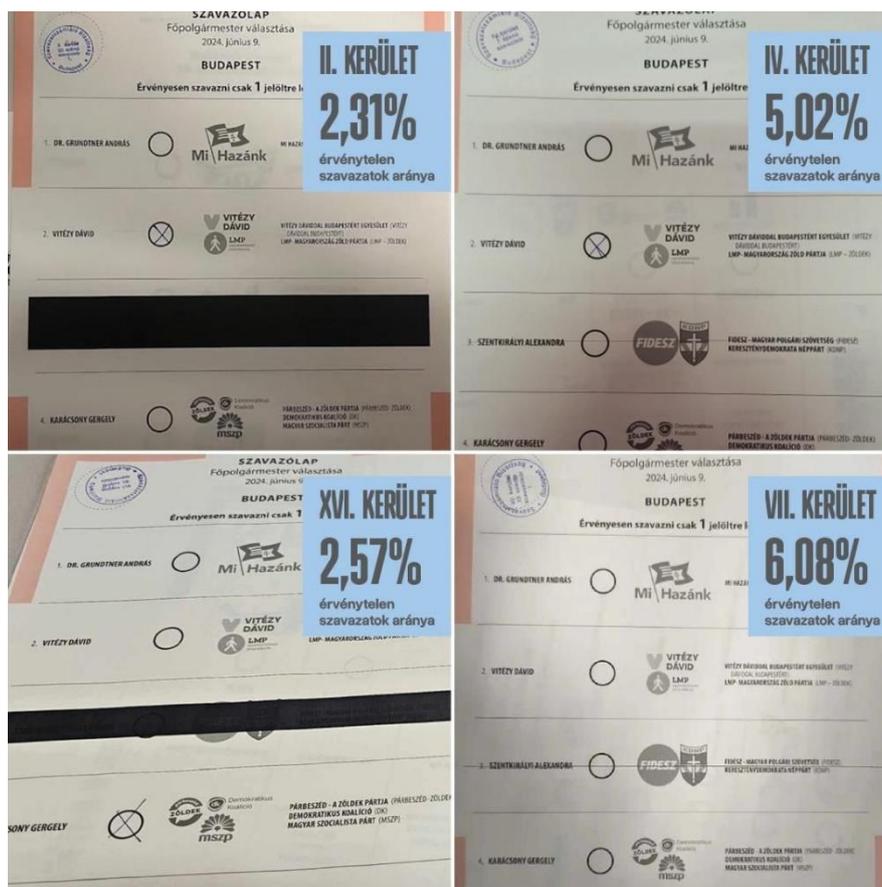
Dem aktiven und heftigen Wahlkampf entsprechend hoch fiel am 9. Juni die ungarische Wahlbeteiligung aus. Sie lag bei einem Rekordwert von 59,46%. Im Budapester Gesamtstadtrat sind künftig fünf verschiedene politische Gruppierungen vertreten. Von den 33 Sitzen eroberte Péter Magyars Tisza-Partei, die aufgrund der Kürze der Zeit und ihrer demnach personellen Schwäche nicht einmal einen OB-Kandidat stellen konnte, aus dem Stand mit 27,34% 10 Sitze. Die Regierungsparteien Fidesz-KDNP gewannen relativ mit 28,69%, bleiben allerdings mit ebenfalls 10 Sitzen in der Hauptstadt wohl eher in der Rolle der Opposition. Das linksgrüne Bündnis hinter OB Gergely Karácsony aus DK, MSZP und PM verfügt mit 16,62% über 7 Sitze. Das Bündnis von Dávid Vitézy mit der grünen LMP holte mit 10,15% ebenso drei der verbleibenden sechs Sitze wie die Satirepartei „Ungarische Partei des zweischwänzigen Hundes“ (MKKP) mit 7,89%. Die liberale Partei Momentum verfehlte mit 4,98% denkbar knapp den Einzug in ihrer absoluten Hochburg Budapest. Sie lag nur 144 Stimmen unter der 5%-Hürde. Mit diesem Ergebnis verfügt der gewählte Oberbürgermeister über keine Mehrheit und müsste sich wechselnde Mehrheiten suchen; mit welcher politischen Formation dies geschehen soll, bleibt völlig offen.

Wahlkrimi um das Amt des Oberbürgermeisters

Im Laufe des Wahltages lieferten sich die beiden aussichtsreichen OB-Kandidaten ein Kopf-an-Kopf-Rennen, welches zu Ende des offiziellen Auszählungsschlusses nur um eine Haaresbreite von 324 Stimmen zugunsten des amtierenden OB Karácsony (47,53%) gegen Vitézy (47,49%) entschieden wurde. Erst um 2 Uhr morgens bei einem Auszählungsstand von

über 90% war ersterer hauchdünn in Führung gegangen. Beide Kandidaten erhielten am Ende jeweils rund 370.000 Stimmen. Der Kandidat der rechtsextremen Mi Hazánk (Unsere Heimat) vereinte rund 5% (ca. 39.000 Stimmen) auf sich. Aufgrund der ungewöhnlich hohen Zahl ungültiger Stimmen (24.592) wurde noch in der Wahnacht seitens des knappen Verlierers Vitézy eine Neuauszählung gefordert.

Diese Neuauszählung wurde aufgrund des knappen Wahlergebnisses seitens des zuständigen Nationalen Wahlausschusses (NVB) am Mittwochabend nach der Wahl offiziell angeordnet und für Freitag angesetzt. Für besonderen Aufruhr hatte in diesem Kontext die je nach Bezirk unterschiedliche Streichung der im letzten Moment zurückgetretenen Fidesz-Kandidatin gesorgt. Während in Bezirken, in denen der Name vollständig vom bereits zuvor gedruckten Wahlzettel geschwärzt worden war, der Anteil der ungültigen Stimmen bei etwas über 2% lag, war er in jenen Bezirken, in denen Alexandra Szentkirályis Name lediglich mit einem dünnen Bleistift, beinahe einem Faltnick gleichkommend, durchgestrichen worden war, teils über doppelt so hoch, bei rund 5% und höher. Die Stimmen verwirrter Wähler, die ihre irrtümliche Wahl im Nachhinein durch das Setzen eines weiteren Kreuzes zu korrigieren gedachten, waren in einigen Bezirken ferner gesetzeswidrig für ungültig erklärt worden. Der NVB legte angesichts dieses Missstandes fest, dass Stimmzettel mit zwei Kreuzen für gültig zu erklären seien.



Die unterschiedliche Streichung der Fidesz-KDNP-Kandidatin auf den Wahlzetteln der Bezirke samt Anteil der ungültigen Stimmen pro Bezirk.

Quelle: Dávid Vitézy via Facebook

Neuauszählung in Budapest: Jetzt helfen nur noch Neuwahlen

Im Nachgang der Wahlen heiß antizipiert wurden die Ergebnisse der anberaumten Neuauszählung der Budapester OB-Wahl. Gergely Karácsony, der bisher mit 324 Stimmen Vorsprung geführt hatte, kritisierte im Vorfeld, dass die Neuöffnung der Urnen und der Modus der Neuauszählung das Vertrauen der Wähler in die Legitimität der Wahl stark beschädigen würde. Ungeachtet der finalen Ergebnisse der Auszählung gedenke man deshalb, eine komplette Neuwahl einzufordern. Die Neuauszählung begann sodann am Freitag, den 14. Juni, um 9 Uhr im Beisein von Medienvertretern und internationalen Wahlbeobachtern und begleitet von einer Protestaktion Karácsonys, der eine Wahlmanipulation fürchtete. Nach langwierigem Prozedere wurde sein Wahlsieg am Freitagabend seitens des NVB jedoch bestätigt. Am folgenden Mittwoch bekräftigte die Kurie das Ergebnis des Wahlausschusses, womit es offiziell wurde. Am Ende blieb dem Spitzenkandidaten des Linksbündnisses ein Vorsprung von lediglich 41 Stimmen. Verlierer Dávid Vitézy gratulierte dem Wahlsieger unmittelbar nach der Bekanntgabe des Endergebnisses über die sozialen Medien. Zugleich erinnerte er den amtierenden OB jedoch auch an sein kategorisches „Versprechen“, ungeachtet der finalen Ergebnisse in jedem Fall Neuwahlen einzufordern. Der im Amt bestätigte OB Karácsony indes lobte in einer rhetorischen 180-Grad-Wende die am Tag der Neuauszählung noch in Zweifel gezogene Unabhängigkeit der Gerichte: „Selbstverständlich akzeptiere ich das Urteil des unabhängigen ungarischen Gerichts. [...] Diese Entscheidung macht eine Wiederholung der Oberbürgermeisterwahlen in Budapest unnötig. Somit bleibe ich auch in den nächsten fünf Jahren Oberbürgermeister der Hauptstadt.“

Die Komitate bleiben orange

Außerhalb von Budapest konnte die bürgerliche Regierungskoalition aus Fidesz-KDNP landesweit mehrheitlich gute Ergebnisse einfahren. Auf dem Land gewann sie in 18 Komitatsversammlungen die absolute Mehrheit, nur im Komitat Pest verfehlte sie diese um zwei Mandate. In 16 Comitaten erzielte das Wahlbündnis darüber hinaus auch absolute Stimmenmehrheiten, nur in drei Comitaten blieb es unter der 50%-Marke. Stellt dies zwar eine leichte Verschlechterung zum Vorwahlergebnis dar, in dem die Bürgerlichen in allen Comitaten über 50% der Stimmen einfuhren, herrscht auf dem Land weiterhin große Unzufriedenheit mit der Opposition. In nur einem einzigen Komitat, dem hauptstädtisch geprägten Pest, erreichte die linke Opposition überhaupt nur noch den zweiten Platz. Im Komitat Somogy machte ihnen diesen eine unabhängige Liste streitig. In den übrigen 17 Comitaten wurde dieser von der rechtsradikalen Mi Hazánk besetzt. Während es also in der Hauptstadt die Tisza-Partei war, die die alten Oppositionsparteien in ihre Schranken verwies, waren dies auf dem Land, wo die organisatorisch dünn ausgebaute Tisza nicht antrat, die Rechtsradikalen.

In den 25 großen Städten (Komitatsstädte) gewannen die Regierungsparteien 15 Bürgermeisterposten und die entsprechende Stadtratsmehrheit. In zehn Komitatsstädten wird es einen Bürgermeister der Opposition geben, drei von ihnen verfügen vermutlich aber über keine Stadtratsmehrheit. Damit haben derzeit gesichert nur sieben Bürgermeister der Opposition auch eine entsprechende Gestaltungsmehrheit inne – in den Städten Győr, Pécs und Szolnok müssen sie ohne Mehrheit regieren. Fidesz verlor 2024 insgesamt drei große Städte (Győr, Nagykanizsa und Szolnok) und gewann vier (Baja, Eger, Miskolc und

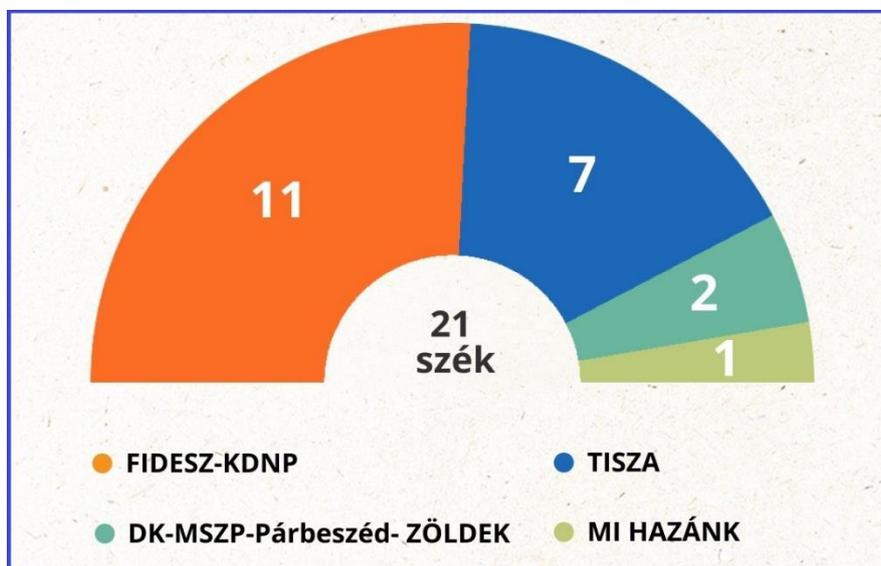
Salgótarján) hinzu. Die Pattsituation zwischen Regierungsbündnis und Opposition in den großen Städten auf dem Land hat sich also moderat zugunsten der Regierungskoalition verschoben.

Rekordwahlbeteiligungen unter den Ungarndeutschen

Auch die 13 autochthonen nationalen Minderheiten wählten am 9. Juni ihre Vertretungsorgane. Zu den größten Volksgruppen zählen die Roma (84.968 landesweit abgegebene Stimmen), die Deutschen (27.364), die Kroaten, die Slowaken und die Rumänen. Sie hatten drei Stimmzettel auszufüllen, jeweils einen für die Selbstverwaltungsorgane auf Lokal-, Komitats- und Landesebene. Die Wahlbeteiligung bei den Volksgruppen fiel deutlich höher aus als bei der restlichen Bevölkerung. Bei den Deutschen erreichte sie in insgesamt 403 Ortschaften in 15 Regionen ganze 81%. Mit ihrem bekannten Slogan „Ungarndeutsch. Steh dazu!“ warb die Landesversammlung der Ungarndeutschen (LdU) erfolgreich um die Stimmen ihrer Landsleute. Vier von fünf Ungarndeutschen gingen zur Wahl.

Linke Parteien abgestraft: Ergebnisse der Europawahlen

Im Inland beteiligten sich 4.562.447 und in den Auslandsvertretungen 18.661 Personen an der EU-Wahl, 126.801 per Briefwahl. Die Regierungsparteien Fidesz-KDNP erhielten 2.048.211 Stimmen (44,82%), die Tisza-Partei 1.352.699 Stimmen (29,60%), DK-MSZP-Grüne 367.162 Stimmen (8,03%) und Mi Hazánk 306.404 Stimmen (6,71%). Die Mandatsverteilung der 21 ungarischen Sitze im Europäischen Parlament gestaltet sich wie folgt: Fidesz-KDNP 11 Abgeordnete, Tisza sieben, DK-MSZP-Grüne zwei und Mi Hazánk ein Abgeordneter. Alle anderen Parteien waren weit abgeschlagen.



Die Zusammensetzung der ungarischen Europaparlamentsmandate.

Quelle: Index via Facebook

Die Ergebnisse der Wahlen senden ein Erdbeben durch die ungarische Parteienlandschaft und könnten einen guten Stimmungstest für die 2026 stattfindenden Parlamentswahlen darstellen. Während Fidesz-KDNP in absoluten Stimmen die größte Wählerschaft bisher mobilisieren

konnten, verloren sie in relativen Zahlen dennoch rund 8% im Vergleich zu 2019. Péter Magyar's Tisza-Partei hingegen deklassierte aus dem Stand alle bisherigen Oppositionsparteien, die hohe Verluste hinnehmen mussten und erzielte damit einen Achtungserfolg. Magyar wird entgegen früherer Aussagen nun doch als Abgeordneter im EU-Parlament vertreten sein. Die Zukunft der linken Parteien wirkt ungewiss. Der Führungsanspruch der Demokratischen Koalition (DK) über das Oppositionslager ist schwer angeschlagen. Ihr Ergebnis von rund 8% der Stimmen gelang überhaupt nur noch im Dreierbündnis mit den Sozialisten und den Grünen. Der liberale ehemalige Shootingstar der letzten EU-Wahlen, Momentum, der sich selbst gerade explizit als Europapartei verstand, fiel gar gänzlich aus dem EU-Parlament. Die Partei konnte keines ihrer zwei Mandate behaupten und schloss weit unter der 5%-Hürde ab. Dies stellt sie vor existenzielle Herausforderungen. Als Gewinner sehen sich hingegen die Rechtsradikalen der Mi Hazánk, die sich über der 5%-Hürde mit künftig einem Mandatar in Brüssel durchsetzen konnten.

In der ungarischen Parteienlandschaft bleibt eine starke und konsolidierte bürgerliche Regierungskoalition mit einer neuen großen bürgerlichen und einer kleineren rechtsradikalen Opposition des rechten Spektrums. Das linke Spektrum hingegen scheint gänzlich in der Auflösung begriffen. Beinahe alle der derzeit noch im Parlament vertretenen linken Oppositionsparteien, sind mit den letzten Wahlen in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Fidesz in neuer Fraktion, Tisza in die EVP: Reaktionen auf die Wahl

Die Regierungsparteien unter Viktor Orbán sahen sich in ihrem Friedenskurs bestärkt. Der Ministerpräsident sprach noch in der Wahlnacht von einem doppelten Sieg bei den Wahlen. Auch hätten die Wahlen gezeigt, dass die Demokratie in Ungarn voll funktioniere. Ferner gratulierte er dem Siebenbürger Ungarnbund RMDSZ, der es geschafft hatte, die 5%-Hürde in Rumänien zu überwinden. Mit 6,5% der Stimmen und 2 Abgeordneten wird er die ungarische Minderheit in Rumänien im EU-Parlament vertreten. Der Rücktritt in Budapest sei als einzige Chance, den bisherigen OB abzulösen, richtig gewesen. Die vernichtende Niederlage von Momentum kommentierte Orbán mit den Worten: „Wer sich in Brüssel gegen die Interessen seiner eigenen Heimat stellt, der wird abgestraft.“ Welcher Fraktion im neuen EU-Parlament sich die Fidesz- und KDNP-Abgeordneten anschließen werden wurde später Ende Juni bekanntgegeben. Zusammen mit der österreichischen FPÖ und der tschechischen ANO wurde in Wien eine neue Parteienallianz geschmiedet. Alle drei Parteien waren als klare Wahlsieger in ihrem Land aus den Europawahlen hervorgegangen. Gemeinsam mit dem FPÖ-Vorsitzenden Herbert Kickl und dem ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten und ANO-Chef Andrej Babiš stellte Viktor Orbán das sogenannte Patriotische Manifest vor. Man wolle sich mit vereinten Kräften für ein Europa der souveränen Nationen engagieren. Rechtskonservative Parteien weiterer großer EU-Länder dürften sich, ersten Bekundungen zufolge, anschließen. Die Ernennung von Ursula von der Leyen zur erneuten Kommissionspräsidentin in Kooperation mit den Sozialisten und Liberalen, trotz des eindeutigen Wahlsiegs der konservativen Parteien, bezeichnete der ungarische Ministerpräsident als parteipolitisches „beschämendes Machtspiel“ und „Betrug an den Wählern“: „Was die EVP anstellt, die rechts die Stimmen einsammelt und dann nach links schwenkt, das ist eine Frechheit gegenüber den Wählern.“ Die Ablehnung der Personalie von der Leyen begründete er damit, dass unter ihrer Ägide der europäische Wert der Rechtsstaatlichkeit für parteipolitische und ideologische Zwecke missbraucht worden sei. Dies habe sich spätestens darin gezeigt, dass die rechtsstaatlich bedenklichen Maßnahmen der

Regierung in Polen mit dem dortigen Machtwechsel keinerlei Brüsseler Kritik mehr auf sich gezogen hätten: „Ich formulierte daraufhin einen Brief, ob wir Ungarn denn das Gleiche wie in Warschau auch in Budapest tun dürften? Aber ich bekam erst gar keine Antwort darauf!“

Péter Magyar sprach in Reaktion auf die Wahlergebnisse von einem politischen Erdbeben und erklärte sich zum wahren Sieger der Wahlen: „Heute ist eine Epoche zu Ende gegangen, die Zukunft hat begonnen.“ – „Noch nie hat der Fidesz bei Europawahlen so schlecht abgeschnitten. Von hier gibt es kein Zurück mehr, es geht nur noch bergab, immer schön Ferenc Gyurcsány hinterher“, formulierte der Vizevorsitzende der Tisza-Partei seine Kampferklärung gegen sowohl die Regierungsparteien als auch die alte linke Opposition. Die Parteien im Parlament hätten den Wählern nichts mehr anzubieten. Deswegen forderte Magyar eine Selbstaflösung des Parlaments und Neuwahlen. Im EU-Parlament werde sich die Tisza der Fraktion der EVP anschließen. Der Beitritt wurde Ende Juni auch offiziell mit 97% der Stimmen vollzogen, nachdem EVP-Chef Manfred Weber Mitte des Monats zu Sondierungsgesprächen nach Budapest gekommen war. Gleichzeitig mit der Aufnahme der Tisza trat die politische Gegnerin KDNP aus der Fraktionsgemeinschaft aus, die Weber zuvor ebenfalls zu einem Abschiedsbesuch in Budapest aufgesucht hatte. KDNP-Vorsitzender Zsolt Semjén bezeichnete die Gespräche mit Weber als ehrlich und korrekt. Man müsse auch den Standpunkt der EVP verstehen, dass sieben Abgeordnete der Tisza mehr Gewicht hätten als einer der KDNP, auch wenn die Partei erst 80 Tage alt sei. Weiter mahnte er dennoch an: „Diese EVP verliert, indem sie immer weiter nach links rückt, ihre ursprüngliche Identität, die einst ihre christdemokratischen Gründer prägten.“

Der Vorsitzende der Partei Mi Hazánk, László Toroczkai, betonte in seiner Ansprache nach den Wahlen den Sieg seiner Partei. In Ungarn seien vier politische Kräfte verblieben, von denen eine seine Partei sei. Er hob insbesondere die hohen Zustimmungswerte auf dem Land hervor, wo die Mi Hazánk den etablierten Parteien inzwischen ernsthafte Konkurrenz machen könne. Das Linksbündnis unter Führung der DK nahm die Wahlpleite mit niedergeschlagener Stimmung zur Kenntnis. Spitzenkandidatin Klára Dobrev sprach von einem enttäuschenden Ergebnis: „Wir glaubten, mit der von uns vertretenen Politik mehr Wähler für uns gewinnen, mehr Wähler überzeugen zu können.“ Sie beklagte, dass Ungarn im kommenden Europaparlament nun von vier Formationen vertreten werde, von denen drei dem rechten Lager angehörten: „Diese Kreise stellen sich Europa ganz anders vor als wir.“ Es gelte nun die Ursachen für das Scheitern zu analysieren und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Vizevorsitzende der Sozialisten (MSZP) betonte, die Linke werde es wie in der Vergangenheit auch in Zukunft weiter geben. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen (PM) im ungarischen Parlament gab noch am Wahlabend in den sozialen Medien seinen Parteaustritt bekannt. Er wolle fortan als „unabhängiger Grüner“ im Parlament tätig sein. Das Wahlbündnis der drei linken Parteien bezeichnete er als unhaltbar. Es handle sich hierbei nicht um einen Zusammenschluss, sondern eine Selbstaufgabe. Vor dem Auftritt der neuen Tisza-Partei im Frühjahr hatte das Bündnis noch bei 20% gelegen. Bis Juni war es auf 8% eingebrochen. Auch für die kommenden Nationalwahlen 2026 planen die Grünen, erneut auf einer Liste mit der DK anzutreten.

Alle weiteren Einzelheiten zum Wahlabend, dem Wahlsystem und den Wahlergebnissen lesen Sie in unserem [ausführlichen Wahlbericht](#) vom Folgetag der Wahlen sowie dem [Nachwahlbericht](#) infolge der Stimmenneuauszählung.

Programm der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt

Am Dienstag, den 18. Juni, stellte Minister für EU-Angelegenheiten, János Bóka, auf einer Pressekonferenz das Programm und den Slogan der kommenden ungarischen EU-Ratspräsidentschaft vor. Diese hat Budapest regulär für das zweite Halbjahr 2024 ab 1. Juli angetreten. Das recht ostentativ gewählte Motto der Präsidentschaft wird „Make Europe Great Again“ sein. Die Anlehnung an das ähnlich lautende Motto der US-Wahlkampagne Donald Trumps „Make America Great Again“ ist nicht nur für Experten offensichtlich. Der Minister betonte, dass das Motto auch symbolisieren solle, dass man gemeinsam als Europa stärker sei als nur alleine. Europa könne fähig sein, ein eigenständiger globaler Akteur zu werden und seine strategischen Interessen auf internationaler Bühne effektiv zu vertreten. Hierzu fasste Budapest programmatisch sieben Zielpunkte ins Auge, die sich um die aktuellen globalen Herausforderungen der EU drehen. Operativ wird die ungarische Präsidentschaft im nächsten halben Jahr etwa 1.500 Arbeitsgruppen des Rats, 37 formale Ratssitzungen in Brüssel und Luxemburg, weiterhin 230 Veranstaltungen der EU-Ratspräsidentschaft in Ungarn abwickeln. Bereits 2011 hatte Ungarn sogar unter derselben Regierungskonstellation den Ratsvorsitz inne. Damals standen die Aufnahme Kroatiens in die EU, die europaweite Roma-Strategie sowie die Donauroum-Strategie auf der ungarischen Tagesordnung.

Die sieben Prioritäten im Programm der Ungarn sollen gezielt die Resilienz, Handlungs- und Zukunftsfähigkeit Europas stärken. Konkret stehen auf der Agenda:

- die Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
- die Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik, der Rüstungsindustrie und ein „Strategischer Kompass“
- die Fortsetzung einer verdienstbasierten Erweiterungspolitik mit Fokus auf den Westbalkan
- die Eindämmung der illegalen Migration
- der Abbau regionaler Differenzen und eine Kohäsionspolitik mit einem verstärkten Blick auf Beschäftigung und Demographie
- eine bauernzentrierte Agrarpolitik
- sowie eine Strategie zur Bekämpfung des demographischen Wandels

Die Übergabezeremonie von der belgischen Ratspräsidentschaft zur ungarischen mit dem belgischen Ministerpräsidenten Alexander de Croo fand pünktlich am 1. Juli statt und wurde mit einem ökumenischen Gottesdienst beschlossen, an dem auch der ungarische Staatspräsident teilnahm. Im Anschluss folgte die Eröffnungszeremonie der Präsidentschaft. De Croo gab seinem ungarischen Amtskollegen in der neuen Rolle mit auf den Weg, dass ein Kompromiss etwas sei, das auch er einmal in seinem Leben versuchen solle. Orbán resümierte die Staffelübergabe: „Alle sind froh, dass wir an der Reihe sind, Europa wieder groß zu machen!“ Das ausführliche Programm der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2024 finden Sie auf der [offiziellen Webseite der Europäischen Union](#). Einen umfassenden Bericht von Institutsdirektor Bence Bauer finden Sie [hier](#).

Viktor Orbán beim deutschen Bundeskanzler

Am 21. Juni reiste Ministerpräsident Viktor Orbán zu Gesprächen mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz nach Berlin. Anlass des Treffens im Vorfeld der ungarischen Ratspräsidentschaft waren die zwei Hauptthemen Zukunft der EU und deutsch-ungarische bilaterale Beziehungen. Gerade letztere stehen trotz politischer Differenzen auf einer nach wie vor soliden wirtschaftlichen Basis. Das gemeinsame Handelsvolumen erreichten im vergangenen Jahr 2023 mit mehr als 70 Mrd. Euro Umfang einen neuen Höchststand. Ungarn exportiert nach wie vor ein Viertel seines Außenhandels nach Deutschland. Deutsche Unternehmen sichern in Ungarn knapp 300.000 Arbeitsplätze, viele davon im Sektor Automobilindustrie.



Frostiges Lächeln und Händedruck statt Staatsempfang: Ministerpräsident Viktor Orbán (l.) mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (r.) in Berlin.

Quelle: Ministerpräsidentenamt / Vivien Cher Benko

Der politische Empfang zwischen den beiden Staatsmännern blieb jedoch gewohnt frostig und lief ohne offizielle Ehrenzeremonie ab. Ungarn wolle sich am „Generations- und Technologiewandel“ der deutschen Autoindustrie aktiv beteiligen, so Orbán. Ungarn nehme eine Sonderstellung ein, da es als einziger auswärtiger Standort weltweit neben China alle drei großen deutschen Premiumautohersteller beherberge. So bilde man das Rückgrat der deutschen Industrie und hoffe im Gegenzug auf Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuergewinne. Im Vorausblick auf die EU-Ratspräsidentschaft Budapests warb Orbán auch um die Unterstützung einer gemeinsamen globalen, vernetzten und offenen Wettbewerbsstrategie: „Europa darf sich nicht einschließen, darf nicht nach der Logik der Angst auf die Veränderungen in der Welt reagieren.“

„Ungarn braucht Deutschland als Verbündeten“, unterstrich der Ministerpräsident in einem anschließenden Radiointerview. Sehr wohlwollend äußerte er sich ferner über Kanzler

Scholz‘ besonnene Haltung im Ukrainekrieg. Jedoch hatte er nicht nur positive Worte für den langjährigen Partner übrig: „Wir sitzen hier in Berlin. Wenn ich dieses Deutschland mit dem Deutschland von vor zehn Jahren vergleiche, ist der Lack doch stark abgeblättert. Das ist nicht mehr jenes Deutschland, das uns durch unsere Großeltern und Eltern einst als Vorbild hingestellt wurde, mit dem Hinweis auf die fleißigen, gut organisierten, ordnungsliebenden Menschen. Heute erleben wir hier eine bunte, andere, eine multikulturelle Welt, in der die Migranten nicht länger als Gäste betrachtet, sondern im Schnellverfahren eingebürgert werden. Zunehmend eignen sie sich dieses Land an.“

Im Rahmen des Staatsbesuchs traf sich der ungarische Außenminister mit führenden Vertretern der deutschen Automobilbranche. Hierbei beklagte er insbesondere die geplanten Strafzölle der EU auf chinesische Elektroautos als Einschnitt in die Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit. Die Schutzzölle würden der europäischen Wirtschaft und der Umstellung auf Elektromobilität mehr schaden als nützen. Ungarn sei mit seinen deutschen Automobilwerken und der reibungslosen Kooperation dieser mit asiatischen Zulieferern, insbesondere aus China und Südkorea, vor Ort ein Musterbeispiel, dass die Sorgen der EU-Kommission unbegründet seien.

Orbán besuchte im Anschluss am Sonntag das EM-Spiel der ungarischen Fußballnationalmannschaft gegen Schottland in Stuttgart, wo sich am Montagmorgen im Rahmen der Rückreise per Polizeieskorte ein tragischer Verkehrsunfall ereignete. Eine 69-jährige Autofahrerin fuhr in die Polizeikolonnen, verletzte dabei zwei Motorrad-Polizisten schwer, einen davon tödlich. Der Ministerpräsident blieb unversehrt, die Eskorte konnte fortgesetzt werden. Weitere Reisen zum Antritt der EU-Ratspräsidentschaft führten den Ministerpräsidenten im weiteren Verlauf des Monats nach Rom und Paris.

EuGH-Urteil: Massive Geldstrafe gegen Ungarns Asylpolitik

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 200 Mio. Euro gegen Ungarn. In der Urteilsbegründung heißt es, Budapest respektiere die Grundsätze des EU-Gemeinschaftsrechts in Asylbelangen nicht. Die Geldstrafe beinhaltet neben der Einmalzahlung von 200 Mio. Euro ein tägliches Zwangsgeld von weiteren 1 Mio. Euro bis zur Korrektur der angeklagten Versäumnisse. Damit stellt das Urteil die von der Europäischen Kommission als Kläger geforderte Bußgeldsumme von 1 Mio. Euro sowie weiteren 15.000 Euro täglich weit in den Schatten.

Das Gericht nahm Bezug auf einen Urteilsspruch von Ende 2020. Damals verbot es Ungarn die an der EU-Außengrenze mit Serbien angewandte Praxis der Administration von Asylbewerbern in sogenannten Transitzone in unmittelbarer Grenznähe. Seither galt die Praxis, dass sich Asylsuchende in der ungarischen Botschaft in einem benachbarten Drittland, vorwiegend in Belgrad, melden und dort ihren Asylbescheid abwarten mussten, bevor sie gegebenenfalls legal in die EU einreisen durften. Auch dieses Vorgehen kippte der EuGH im vergangenen Jahr. Das Gericht sehe die Einheit des EU-Rechts bedroht, da Ungarn die Grundsätze der europäischen Solidarität missachte.

Besonders brisant ist der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Urteils wenige Tage nach der Europawahl. Bereits bei der Aktivierung des Konditionalitätsmechanismus im Jahre 2022 drei Tage nach der ungarischen Parlamentswahl war man dergestalt vorgegangen. Die

Stoßrichtung und der Zeitpunkt des jüngsten EuGH-Urteils wirken allerdings auch insofern ein wenig widersprüchlich, als auf europäischer und nationaler Ebene in mehreren Mitgliedsstaaten das sogenannte Ruanda-Modell diskutiert wird, also die Auslagerung der Asylverfahren auf Drittstaaten außerhalb der EU-Grenze, wie es etwa Italien mit Albanien plant. In diesem Sinne kritisierte auch das ungarische EU-Ministerium die Widersprüchlichkeit des Urteils: „Dabei schrecken weder ein solches Urteil noch der verfehlte, soeben aktivierte Migrationspakt die illegalen Einwanderer ab, während jenes gut funktionierende Modell in Frage gestellt wird, mit dem Ungarn effizient seine eigenen und die Grenzen der EU schützt.“

Budapest erkennt das Recht von Flüchtlingen auf Schutz an, weist aber gleichzeitig seit mehreren Jahren darauf hin, dass illegale Migranten kein Anrecht auf diesen Schutzstatus beanspruchen könnten und der internationale Schutz für Flüchtlinge für das erste sichere Land gelte. In diesem Sinne gewährt Ungarn als erster sicherer Drittstaat seit mehr als zwei Jahren bis zu 15.000 ukrainischen Flüchtlingen täglich – insgesamt über 1,3 Mio. Menschen, die seit 2022 über die gemeinsame Grenze flüchteten – humanitären Schutz, Bildung und Arbeit. Von diesen blieben bis dato rund 65.000 dauerhaft im Land, der Rest zog weiter in andere EU-Staaten wie etwa Deutschland.

Die Straf gelder des jüngsten EuGH-Urteils könnten mittelfristig nicht die einzigen Summen sein, die auf Ungarn im Bereich der Migrationspolitik zukommen werden. Spätestens in zwei Jahren, mit dem Eintreten der Umsetzungsfrist der Maßnahmen des EU-Migrationspakts in nationales Recht, dürfte Ungarn weitere 20.000 Euro pro abgelehnten Flüchtling zahlen, sollte es sich weiterhin nicht am sogenannten Solidaritätsmechanismus zur Verteilung der Asylsuchenden auf die Mitgliedsländer beteiligen wollen. Dies würde weitere 400 Mio. Euro pro Jahr an Ausgleichszahlungen bedeuten. Eine Kompromiss- oder Ausnahmelösung zeichnet sich derzeit nicht ab.

Neues aus der ungarischen Außenpolitik

Orbán trifft Stoltenberg und Rutte: NATO-Ausnahme für Ungarn bei Militärhilfen

Mitte Juni empfing der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán den scheidenden NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Budapest. Dabei kam es zum Durchbruch zwischen Ungarn und der NATO in der Frage der Beteiligung am Ukrainekrieg. „Wir haben Garantien erhalten, dass sich Ungarn nicht an Militäraktionen im Ukrainekrieg beteiligen muss“, gab Orbán auf der Abschlusspressekonferenz am 12. Juni bekannt. „Die NATO akzeptiert Ungarns Standpunkt, an keinen militärischen und finanziellen Operationen zur Unterstützung der Ukraine teilzunehmen“, so Generalsekretär Stoltenberg. Gleichzeitig werde Ungarn sich den Bemühungen der NATO-Bündnispartner nicht in den Weg stellen, um ein Vorankommen zu gewährleisten und natürlich weiterhin alle seine NATO-Verpflichtungen vollumfänglich erfüllen. Damit konnte ein wesentlicher Streitpunkt der beiden Seiten endlich in einer Kompromisslösung beigelegt werden. Orbán würdigte die Leistungen und die enge Zusammenarbeit Stoltenbergs mit Ungarn. Dieser betonte hingegen, dass Ungarn seit 25 ein zuverlässiger und hochgeschätzter Partner der Allianz sei und würdigte auch die humanitären und medizinischen nichtmilitärischen Hilfeleistungen Ungarns an die Ukraine. Im weiteren Verlauf des Monats traf Orbán in Brüssel auch den designierten neuen NATO-Generalsekretär Mark Rutte. Der derzeitige niederländische Premier wird die Amtsgeschäfte

ab Oktober von Vorgänger Stoltenberg übernehmen, nachdem im Laufe des Monats die letzten mittelosteuropäischen Länder, darunter Ungarn, grünes Licht für seine Ernennung gegeben hatten. Rutte bekräftigte im Gegenzug den Kompromiss in Bezug auf die ungarische Position im Ukrainekrieg. Auch er werde als künftiger Generalsekretär zu dieser Übereinkunft stehen.

EU negiert ungarisches Veto bei Ukrainehilfen

Eine vergleichbare Kompromisslösung wie mit der NATO konnte auf europäischer Ebene aus ungarischer Sicht leider nicht gefunden werden. Brüssel hatte Ende Juni angekündigt, 1,4 Mrd. Euro aus dem sogenannten „EU-Friedensfonds“ für die Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine zu verwenden. Hiergegen hatte sich Budapest gemäß seinem Sonderstandpunkt verwehrt. Nun machte sich die EU ein juristisches Schlupfloch zunutze, demzufolge das ungarische Veto der Kriegsfinanzierung negiert werden könne, da sich das Land in einer vorangegangenen Abstimmung über Fragen der Ukrainefinanzierung im Mai der Stimme enthalten habe. Außenminister Szijjártó kritisierte das Vorgehen scharf: „Leider beginnt nun auch die EU, rote Linien zu überschreiten.“ Ungarn sein Entscheidungsrecht zu nehmen, sei eine klare rote Linie. Ungarn verliere damit ein elementares Grundrecht.

Ungarn kauft Anteile an Erdgasfeld in Aserbaidshan

Anfang Juni wurde in Baku bekanntgegeben, dass Ungarn Anteile am größten Gasfeld Aserbaidshans in Höhe von fünf Prozent erworben hat. Der ungarische Außenminister sprach von einem historischen Moment: „Wir werden praktisch selbst über einen gewichtigen Teil unseres Bedarfs verfügen.“ Das Schah Deniz-Gasfeld fördert jährlich rund 30 Mrd. Kubikmeter Gas, von denen ein beträchtlicher Teil über die südlichen Gaspipelines durch die Türkei nach Europa transportiert wird. In Zukunft soll überdies ab 1. Juli ein Joint Venture zwischen Aserbaidshan sowie den EU-Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien den Transport grüner Energie aus der Region des Kaspischen Meeres nach Europa organisieren. Über LNG-Lieferungen gebe es ebenfalls Verhandlungen. Dies stellt einen Schritt Richtung nationaler Energiesicherheit und Preisstabilität dar. Dabei hält Ungarn derzeit aber nach wie vor an den Energieimporten aus Russland fest, wie der Außenminister wenige Tage später in Sankt Petersburg betonte: „Wir haben nach alternativen Lieferanten gesucht. Ich kann Ihnen sagen: Es gibt keine.“ Die kroatischen alternativen Flüssiggaslieferungen über das dortige LNG-Terminal würden bereits auf maximaler Kapazität operieren, ferner hätten die kroatischen Partner mehrmals drastisch die Preise erhöht, bestätigen interne Fachkreise. Ende Juni besuchte Ministerpräsident Orbán im Rahmen der anstehenden Ratspräsidentschaft seine Amtskollegin Giorgia Meloni in Italien, wo unter anderem die Frage der Anbindung Ungarns an die italienischen LNG-Terminals in der Adria zur weiteren Diversifizierung der ungarischen Energieimporte diskutiert wurde. Dem Bau einer betreffenden Pipeline müsste das Transitland Slowenien freilich erst einmal noch zustimmen.

Neues aus der ungarischen Innenpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft

Kulturminister János Csák tritt zurück

Der ungarische Minister für Kultur und Innovation, János Csák, gab Anfang Juni in einem Zeitungsinterview unvermittelt seinen Rücktritt bekannt. Der Ministerpräsident habe sein

Rücktrittsgesuch bereits akzeptiert. Als Grund nannte der parteilose Politiker die Umsetzung seiner Ziele für seine Amtszeit: „In dieser Hinsicht wurde die für vier Jahre geplante Arbeit in zwei Jahren abgeschlossen. Es ist an der Zeit, den Staffeln an die jüngere Generation weiterzugeben.“ Weiter betonte Csák: „Ich hätte diese Entscheidung nicht getroffen, wenn ich nicht das Gefühl hätte, dass es ein funktionierendes System, geeignete Programme und einen Nachfolger gibt, der fähig und bereit ist, zu führen.“ In Zukunft plane er, sich dem Geschäftsleben, der Lehre und der Schriftstellerei zu widmen. Als Csáks Nachfolger wurde der bisherige Staatssekretär für Hochschulbildung, Berufsbildung und Erwachsenenbildung, Balázs Hankó, benannt. Hankó legte alsdann am Dienstag, den 11. Juni, seinen Amtseid vor dem ungarischen Staatspräsidenten ab. Die Ernennung wurde zum 1. Juli wirksam, das Mandat von Csák endete am 30. Juni. Hankós altes Amt wurde vom bisherigen stellvertretenden Staatssekretär für Innovation, László Bódis, übernommen.

13. Grundgesetzänderung und Änderung des Kinderschutzgesetzes

Am 11. Juni 2024 verabschiedete das ungarische Parlament die 13. Grundgesetzänderung. Als klare Reaktion auf den [Begnadigungsskandal](#), der zum Rücktritt der damaligen Staatspräsidentin Katalin Novák führte, können in Zukunft Personen, die Verbrechen gegen Kinder begangen haben, nicht mehr begnadigt werden. Eine Änderung des Kinderschutzgesetzes wurde ebenfalls angenommen, die unter anderem die Strafen für pädophile Straftaten erhöht, die Voraussetzungen für das außerschulische Betreuen und Beaufsichtigen von Minderjährigen, etwa in Sommerlagern oder Kinderschutzeinrichtungen, verschärft und die Verjährung für Sexualstraftaten an Kindern unter 18 Jahren abschafft.

Rückkauf des Budapester Flughafens geglückt

Der Rückkauf des ungarischen Hauptstadtflughafens „Ferenc Liszt“ ist in trockenen Tüchern. Damit verwirklicht der ungarische Staat ein langjähriges Ziel im Rahmen der nationalen Infrastrukturautonomie. Damit kehrt der Flughafen nach beinahe 20 Jahren in nationales Eigentum zurück. Die sozialistisch-liberale Regierung Gyurcsány hatte ihn im Jahre 2005 privatisiert. Die letzten staatlichen Minderheitenanteile waren im Jahr 2011 verkauft worden. Nun, nach über einjährigen Verhandlungen mit dem deutsch-singapurisch-kanadischen Investorenkonsortium, wurde am 6. Juni 2024 der Kaufvertrag abgeschlossen. Damit übernimmt der ungarische Staat 80 Prozent der Anteile des Budapester Flughafens, 20 Prozent erwarb der französische Flughafenbetreiber Vinci als Juniorpartner. Neben dem Kaufpreis in Höhe von 3,1 Mrd. Euro übernehmen der ungarische Staat und Vinci von den internationalen Gläubigern auch Kreditvereinbarungen über 1,44 Mrd. Euro. „Die Kontrolle über einen Flughafen ist eine Souveränitätsfrage, denn es geht hier nicht nur um Personenbeförderung und Tourismus, auch die Güterbewegungen sind von strategischer Relevanz. Es handelt sich schlicht um eine Hauptschlagader des Wirtschaftskreislaufes“, begründete Wirtschaftsminister Márton Nagy die Bedeutung der Transaktion. Um den Kauf finanzieren zu können, habe der Staat mehrere Beteiligungen, so u. a. an der Erste Bank Hungary oder an der ungarischen Tochter des Telekommunikationsunternehmens Yettel, für insgesamt 700 Mio. Euro veräußert. Zusätzlich gewährte die staatliche Eximbank einen Kredit. Wirtschaftsminister Nagy jubelte: „Wir haben den Flughafen zurückgeholt, dieser befindet sich nun wieder in ungarischer Hand. [...] Damit tilgen wir eine historische Schuld.“

Pride-Parade in Budapest

Am Samstag, den 22. Juni, fand die Budapester Pride statt. Mitglieder der ungarischen LGBTQ-Gemeinschaft und ihre Unterstützer versammelten sich auf den Straßen der Hauptstadt. Wie traditionell zog die Parade von der Pester Innenstadt über die Andrásy-Prachtstraße hinunter zum Heldenplatz. Der bunte Zug mit Regenbogenfahnen wurde von der Satirepartei MKKP und der linksliberalen DK, dem Budapester OB Karácsony sowie mehreren Mitarbeitern ausländischer Botschaften westlicher Länder, den „Diplomats for pride“, unter ihnen der amerikanische Botschafter, begleitet. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Nimm dir deine Zukunft zurück“ und forderte die Abschaffung des umstrittenen Kinderschutzgesetzes sowie eine Änderung von Teilen des Grundgesetzes. Am Heldenplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand, traf der Zug auf eine Gegendemonstration der rechtsradikalen Mi Hazánk mit Transparenten gegen die LGBTQ-Bewegung. Einem Sprecher der Gegendemo zufolge sei man gekommen, um die schweigende Mehrheit gegen die „LGBTQ-Ideologie“ zu repräsentieren und sich für den Schutz der Kinder und den Stolz auf Heimatland und Familie einzusetzen. Auf dem Heldenplatz wurden musikalische Darbietungen und Reden von Aktivisten aufgeführt. Die Demonstrationen verliefen friedlich.

Ungarische Nobelpreisträger geehrt

Die letztjährigen ungarischen Nobelpreisträger Katalin Karikó (Medizin) und Ferenc Krausz (Physik) wurden im Juni von Staatspräsident Tamás Sulyok im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Sándor-Palais mit der Corvin-Kette, der zweithöchsten ungarischen Staatsauszeichnung, geehrt. Diese Auszeichnung wird speziell an Wissenschaftler und Kulturschaffende verliehen. „Auf diese Steine kann die Menschheit bauen. [...] Das erfüllt alle Ungarn mit riesigem Stolz“, so Sulyok in seiner Würdigung. Am Tag der Verleihung gab die ungarische Nationalbank eine Gedenkmünze in limitierter Auflage für die beiden wissenschaftlichen Koryphäen heraus, die der ungarischen Notenbankpräsident György Matolcsy den beiden Preisträgern persönlich überreichte. Seit seiner Gründung im Jahre 1901 ist es noch nie vorgekommen, dass zwei Ungarn in einem Jahr mit dem Nobelpreis ausgezeichnet werden. Ferner ist Karikó die erste ungarische Frau, der diese Ehre zuteilwurde.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem**

deutschsprachigen Raum. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiumsausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Vom **4. bis 7. Juni 2024** war **Prof. Dr. Miloš ŘEZNÍK**, scheidender Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission und Professor für Europäische Regionalgeschichte an der TU Chemnitz, zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Im Rahmen seines Besuchs hielt er am **6. Juni 2024** einen Vortrag zum Thema „**Region und Nation in den europäischen Nationsbildungen**“ am **MCC Miskolc**. Im Anschluss nahm er an einer Podiumsdiskussion mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, und **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsleiter am DUI, teil. Den Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).



Am **20. Juni 2024** fand im MCC-Bildungszentrum in **Debrecen**, in den historischen Räumlichkeiten des ehemaligen Hotels „Aranybika“, eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 35. Jahrestags der Debrecener Rede Otto von Habsburgs, in deren Rahmen der Grundstein für die Idee des Paneuropäischen Picknicks gelegt worden war, statt. Die Veranstaltung organisierten die **Otto von Habsburg Stiftung** und das **Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC)** unter dem Titel „**Wo alles begann Debrecen – Sopron – Berlin**“. Geladen waren zahlreiche Ehrengäste aus Deutschland und Ungarn, darunter von deutscher Seite der thüringische Minister a.D. für Bundes- und Europaangelegenheiten, **Hans KAISER**, sowie die Gesandte der Deutschen Botschaft in Budapest, **Christiana MARKERT**. Von ungarischer Seite nahmen der Bürgermeister von Debrecen, **László PAPP**, sowie die damaligen Organisatoren und Zeitzeugen **Mária FILEP**, **Gábor TÚRI** und **Lukács SZABÓ** an der Veranstaltung teil. Die Feierlichkeit wurde von knapp 100 Personen, darunter vielen Studenten aus Debrecen, besucht. Den Bericht zur Festveranstaltung finden Sie [hier](#).

Zwischen dem **25. und 27. Juni 2024** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut eine **Studienreise nach Hamburg** gemeinsam mit sechs deutschsprachigen Studenten des MCC.

Im Rahmen der dreitägigen Reise wurden verschiedene Hamburger Kulturinstitutionen, wissenschaftliche Institute, politische Stiftungen und Medienhäuser besucht. Des Weiteren beinhaltete die Reise ein Kulturprogramm. Den Bericht unserer Studenten finden Sie auf unserer [Homepage](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Vom **24. bis 27. Juli 2024** findet das jährliche **Tusványos-Festival** im siebenbürgischen **Tusnádfürdő** statt. Im Rahmen des Festivals wird das Deutsch-Ungarische Institut eine englischsprachige Podiumsdiskussion mit deutschem Themenbezug ausrichten. Teilnehmer des Panels sind **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE**, Professor für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, **Boris KÁLNOKY**, Leiter der MCC-Medienschule, **Frank SPENGLER**, Berater des DUI und ehemaliger Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie **Henning SAßENRATH**, Historiker und Junior Visiting Fellow des DUI.

Zwischen dem **1. und 3. August 2024** findet das jährliche **MCC Feszt in Esztergom** statt. Im Rahmen des Festivals wird das Deutsch-Ungarische Institut eine englischsprachige Podiumsdiskussion mit deutschem Themenbezug ausrichten. Teilnehmer des Panels sind **Kai DIEKMANN**, Journalist, Berater und ehemaliger Chefredakteur der Welt am Sonntag und der Bild-Zeitung, **Armin PETSCHNER-MULTARI**, Geschäftsführer von TheRepublic, sowie **Franca BAUERNFEIND**, Autorin und ehem. Bundesvorsitzende der Jungen Union.

Veröffentlichungen

In seinem Artikel „**Freiheit und Eigenverantwortung**“ thematisiert **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, die Konsequenzen des ungarischen Freiheitsdrangs für die politische Praxis. Der Artikel erschien am **7. Juni 2024** in der **Budapester Zeitung** und ist unter dem folgenden [Link](#) erreichbar.

In der Ausgabe der Radiosendung **Kontrafunk aktuell** vom **18. Juni 2024** war **Bence BAUER**, Direktor des DUI, zu Gast im Studio. Er sprach über die **Asylpolitik Ungarns und die Strafe des EuGH**. Die ganze Sendung ist auf der Webseite des Radiosenders [abrufbar](#).

Im Zeitungsartikel der **Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ)** „**Der Deutschen Freud, der Ungarn Leid...**“ über die ungarische Sportgeschichte vom **27. Juni 2024** zeichnet **Tristan CSAPLÁR**, Forschungs koordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, die Ereignisse rund um das „Wunder von Bern“ sowie die verheerenden Konsequenzen der ungarischen Niederlage gegen Deutschland für den ungarischen Fußball im Sozialismus nach. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Boris KÁLNOKY, Leiter der MCC-Medienschule, analysierte die im obigen Leitartikel angesprochenen Ereignisse rund um die Gründung einer neuen EU-Parlamentsfraktion seitens Fidesz, der FPÖ und der ANO. Seine [Analyse](#) mit dem Titel „**Schafft Orbán seinen größten Coup?**“ erschien am **1. Juli 2024** bei **Tichys Einblick**.

„**Make Europe Great Again**“ – unter dem Titel des offiziellen Mottos der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft berichtet **Bence BAUER**, Direktor des DUI, in seinem Artikel in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** vom **3. Juli 2024** über ungarischen EU-Programm für das zweite Halbjahr 2024. Was steckt hinter dem ostentativen Slogan? Alle Einzelheiten erreichen sie unter diesem [Link](#).



Ein beliebtes Maskottchen des Budapester Zoos: Der rote Panda
(Quelle: Eigene Fotografie / Alexander Rasthofer)

Nicht nur in heißen Sommertagen lädt der schattige und weitläufige Budapester Zoo in der Nähe des Heldenplatzes zum Spazieren und Verweilen ein. Der Zoo wurde bereits im Jahre 1866 gegründet und beinhaltet auf 18,4 Hektar knapp 1.000 verschiedene Tier- und 2.000 verschiedene Pflanzenspezies, insgesamt über 10.000 Individuen. Mit über 1 Mio. Besuchern pro Jahr zählt er zu Ungarns meistbesuchten Kultureinrichtungen. Auf dem Spaziergang durch den Zoo wird man durch die Lebenswelten Ungarns, Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas geführt. Eine besondere Empfehlung ist ein Jahresticket für Dauerbesucher, das bereits zum erschwinglichen Preis von unter drei Einzelkarten erhältlich ist. Ein Geheimitipp: das tägliche Elefantentraining im Elefantenhaus. Deutsche Besucher werden sich wundern. Da die Tiere aus einem deutschen Zoo stammen, sprechen die ungarischen Zoowärter mit ihren Schützlingen auf Deutsch. Auch verschiedene Tierfütterungen sowie eine beliebte Seelöwenshow lassen sich täglich bestaunen.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu